

Städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration			30. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 06.12.2018	Sitzungsbeginn: 18:09 Uhr	Sitzungsende: 18:37 Uhr	Sitzungsort: KWADRAT (Werkstatt Bremen/Martinshof), Wilhelm- Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Möhle (Sprecher der Deputation)			

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Herr Möhle die Deputierten, Berichtsbitten direkt an die Verwaltung zu geben.

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung am 23.08.2018
2. Protokoll über die Sitzung am 01.11.2018
3. Bedarfsgerechte Kriseninterventionsplätze für Kinder und Jugendliche sicherstellen!
Weiterentwicklung der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie durch Um- und Ausbau sowie Qualitätsentwicklung der geschützten Station der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum Bremen-Ost
(Vorlage Nr. 265/19)
4. Teilhabe an Bildung für Kinder und Jugendliche mit einer (drohenden) seelischen Behinderung
Sozialleistungsrechtliche Zuständigkeit nach § 75 Absatz 1 und 2 Ziffer 1 SGB IX i.V. mit § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII und § 35 a SGB VIII **(Vorlage Nr. 266/19) -Aussetzung-**
5. Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung der Nutzungs- und Gebührenordnung für Übergangswohneinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen
(Vorlage Nr. 267/19)
6. Bericht zum Stand der Versorgung, Teilhabe und Integration unbegleiteter minderjähriger und heranwachsender Ausländer*innen (umA) **(Vorlage Nr. 268/19)**
7. Verwaltungsanweisung zu §§ 90 SGB XII/Einsatz von Vermögen in der Sozialhilfe
(Vorlage Nr. 269/19)
8. Produktbereichscontrollingbericht 1-9/2018
(Vorlage Nr. 275/19)
9. Verschiedenes
 - a) Berichtsbite des Fraktion der CDU über den Umsetzungsstand der Maßnahmen nach dem in der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 14.12.2017 abgegebenen Bericht zu der Veruntreuung von Mündelgeldern **(Vorlage Nr. 270/19)**
 - b) Ergebnisse ärztlicher Altersfeststellungen gem. § 42f Abs. 2 SGB VIII
(Berichtsbite von Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) in der Sitzung am 20.09.18)
(Vorlage Nr. 271/19)
 - c) Berichtsbite 41er Maßnahmen (Berichtsbite der Fraktion Die Linke vom 20.09.18)
(Vorlage Nr. 272/19)

d) Umsetzungsbericht zum Innenrevisionsbericht AKLK (Vorlage Nr. 273/19)

e) Zwischenbilanz und Fortsetzung des Projekts „Sprinter“ im Jahr 2019
(Vorlage Nr. 274/19)

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 23.08.2018

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) bittet unter TOP 10 „Insolvenz des Trägers Synthese GmbH & Co.KG“ um folgende Ergänzung:

„Frau Ahrens (Fraktion der CDU) kritisiert, dass das Landesjugendamt trotz der Meldung des Trägers, den Personalschlüssel in der intensivpädagogischen Einrichtung Grenzappel nicht halten zu können, erst 3 Wochen später tätig wurde.“

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll mit der Änderung über die Sitzung am 23.08.2018.

TOP 2: Protokoll über die Sitzung am 01.11.2018

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 01.11.2018.

TOP 3: Bedarfsgerechte Kriseninterventionsplätze für Kinder und Jugendliche sicherstellen!

Weiterentwicklung der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie durch Um- und Ausbau sowie Qualitätsentwicklung der geschützten Station der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum Bremen-Ost (Vorlage Nr. 265/19)

Fragen von Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke), Frau Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen) werden von der Verwaltung beantwortet. Der Anwesende Vertreter der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz sagt zu, offene Fragen mitzunehmen und entsprechend zu beantworten.

Herr Möhle bittet, offene Fragen an die Verwaltung nachzureichen.

Die Deputation fasst einstimmig folgenden

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Umsetzung des dargestellten Senatsauftrages zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz Soziales, Jugend und Integration stimmt dem in der anliegenden Senatsvorlage – vorbehaltlich der Beschlussfassung im Senat – dargestellten Konzept zum Um- und Ausbau sowie zur Qualitätsentwicklung der geschützten Station der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum Bremen-Ost zu.
3. Die Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der dargestellten zweckgebundenen Mittelverlagerung aus dem Produktplan 41, Jugend und Soziales, in den Produktplan 51, Gesundheit, in Höhe von bis zu 473.305 Euro mit einer Abdeckung im Haushaltsjahr 2019 zu.

4. Die Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die beteiligten Fachressorts um entsprechende Erweiterung der bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Amt für Soziale Dienste und der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

**TOP 4: Teilhabe an Bildung für Kinder und Jugendliche mit einer (drohenden) seelischen Behinderung
Sozialleistungsrechtliche Zuständigkeit nach § 75 Absatz 1 und 2 Ziffer 1 SGB IX i.V. mit § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII und § 35 a SGB VIII (Vorlage Nr. 266/19)**

-Aussetzung-

TOP 5: Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung der Nutzungs- und Gebührenordnung für Übergangswohneinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen (Vorlage Nr. 267/19)

Frau Grönert (Fraktion der CDU) merkt an, dass es eine gute Vorlage sei.

Fragen von Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) werden von der Verwaltung beantwortet.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung der Nutzungs- und Gebührenordnung für Übergangswohneinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport diesen der Stadtbürgerschaft zur Beratung und Beschlussfassung zuzuleiten.

TOP 6: Bericht zum Stand der Versorgung, Teilhabe und Integration unbegleiteter minderjähriger und heranwachsender Ausländer*innen (umA) (Vorlage Nr. 268/19)

Auf die Ausführungen zu TOP 11 der staatlichen Sitzung der Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 06.12.2018 wird verwiesen.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 7: Verwaltungsanweisung zu §§ 90 SGB XII/Einsatz von Vermögen in der Sozialhilfe (Vorlage Nr. 269/19)

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die aktualisierte Verwaltungsanweisung zu § 90 SGB XII zur Kenntnis.

TOP 8: Produktbereichscontrollingbericht 1-9/2018 (Vorlage Nr. 275/19)

Auf die Ausführungen zu TOP 10 der staatlichen Sitzung der Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 06.12.2018 wird verwiesen.

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Produktbereichs-Controllingbericht 1-9/2018 zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt von der neuen Verantwortlichkeit im Produktgruppenhaushalt Kenntnis.

TOP 9a: **Berichtsbitte der Fraktion der CDU über den Umsetzungsstand der Maßnahmen nach dem in der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 14.12.2017 abgegebenen Bericht zu der Veruntreuung von Mündelgeldern (Vorlage Nr. 270/19)**

Frau Grönert (Fraktion der CDU) ist im Grunde nach mit der Antwort einverstanden, merkt aber an, dass die Diskussion hierzu noch nicht abgeschlossen sei.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur Kenntnis.

TOP 9b: **Ergebnisse ärztlicher Altersfeststellungen gem. § 42f Abs. 2 SGB VIII (Berichtsbitte von Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) in der Sitzung am 20.09.18) (Vorlage Nr. 271/19)**

Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) fragt, weshalb die in der Vorlage genannte Anzahlen zu der in Münster durchgeführten ärztlichen Altersfeststellungen von denen in der Vorlage zur Sitzung der Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 20.09.18 genannte Anzahl abweicht.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Hinweis der Verwaltung: Die Antwort ist dem Protokoll als Anlage beigegefügt.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 9c: **Berichtsbitte 41er Maßnahmen (Berichtsbitte der Fraktion Die Linke vom 20.09.18) (Vorlage Nr. 272/19)**

Fragen von Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) werden von Herrn Staatsrat Fries beantwortet.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zu Hilfen gemäß § 41 SGB VIII für junge geflüchtete Erwachsene zur Kenntnis.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

TOP 9d: **Umsetzungsbericht zum Innenrevisionsbericht AKLK (Vorlage Nr. 273/19)**

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zur Umsetzung von Empfehlungen aus der „Prüfung der behördeninternen Verfahrens-, Entscheidungs- und Zeitabläufe im Zusammenhang mit der Finanzierung der Jugendhilfeeinrichtungen der Akademie Lothar Kannenberg durch die Innenrevision“ sowie zu darüber hinausgehenden Maßnahmen zur Vermeidung und Erkennung von Risiken bezogen auf freie Träger der Jugendhilfe“ der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur Kenntnis.

**TOP 9e: Zwischenbilanz und Fortsetzung des Projekts „Sprinter“ im Jahr 2019
(Vorlage Nr. 274/19)**

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, und Integration nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, und Integration stimmt, vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses, der Erteilung einer Verlagerung von 100.000 € für die weitere Durchführung der Maßnahme „Sprinter“ im Jahr 2019 in den Produktplan 31, Arbeit, zu.

Sprecher

Protokollführerin

Anlage

- Zu TOP 3 „Bedarfsgerechte Kriseninterventionsplätze für Kinder und Jugendliche sicherstellen!
Weiterentwicklung der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie durch Um- und Ausbau sowie Qualitätsentwicklung der geschützten Station der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum Bremen-Ost
- zu TOP 9 b „Ergebnisse ärztlicher Altersfeststellungen gem. § 42f Abs. 2 SGB VIII“

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 06.12.2018	Sitzungsort: KWADRAT (Werkstatt Bremen/Martinshof), Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen
---	------------------------	---

ANWESENHEITSLISTE

Beginn der staatlichen Sitzung: 15:16 Ende der staatlichen Sitzung: 18:02
 Beginn der städtischen Sitzung: 18:09 Ende der städtischen Sitzung: 19:37

Mitglieder der Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	- E -
Staatsrat Jan Fries	<i>Jan Fries</i>

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Land	Stadt	Unterschrift
Ahrens, Sandra (MdBB) CDU		X	<i>S. Ahrens</i>
Böttger-Türk, Gunda (Dep.) SPD	L		<i>G. Böttger-Türk</i>
Brededorst, Gönül (Dep.) SPD		X	<i>G. Brededorst</i>
Dr. Dr. Buhlert, Magnus (MdBB) FDP <i>Julie Kohlrausch</i>		X	<i>M. Buhlert</i>
Dumas, Hela (Dep.) CDU	X		<i>H. Dumas</i>
Erlanson, Peter (MdBB) Die Linke	X		<i>P. Erlanson</i>
Görgü-Philipp, Sahhanim (MdBB) -stellvertr. Sprecherin Land -	X		<i>S. Görgü-Philipp</i>
Grönert, Sigrid (MdBB) CDU	X	X	<i>S. Grönert</i>
Jäschke, Petra (MdBB) SPD	X		<i>Petra Jäschke</i>
Krumpfer, Petra (MdBB) SPD		X	<i>P. Krumpfer</i>
Lürßen, Helga (Dep.) CDU	X		<i>H. Lürßen</i>
Möhle, Klaus (MdBB) - Sprecher -	X	X	<i>K. Möhle</i>
Dr. Redder, Volker FDP	X		<i>Dr. Redder</i>
Tassis, Alexander (MdBB) AfD		X	<i>A. Tassis</i>
Tuchel, Valentina (MdBB) SPD	X	X	<i>V. Tuchel</i>
Tuncel, Cindi (MdBB) Die Linke		X	<i>C. Tuncel</i>
Wargalla, Kai-Lena (MdBB) B'90/Die Grünen		X	<i>K. Wargalla</i>
Yildiz, Kebire (MdBB) -stellvertr. Sprecherin Stadt -	X	X	<i>K. Yıldiz</i>

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 06.12.2018	Sitzungsort: KWADRAT (Werkstatt Bremen/Martinshof), Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen
---	------------------------	---

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport

Name	Name
Kerstin Wind	
Manika Frank	
Dr. David Lucksien	
Birgit Neussing	
Mischka Kahre	

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Kerstin Pottmann	Secretary of Children, Bielefeld
Kai J. Steinhilber	LBB
Dr. Joachim Steinbrück	LBB
Manique Biedener	LBB
Dieter Stegmann	LAG Selbsthilfe HB

Anlage zum Protokoll über die Sitzung der Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 06.12.2018 zu

TOP 3: Bedarfsgerechte Kriseninterventionsplätze für Kinder und Jugendliche sicherstellen!

Weiterentwicklung der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie durch Um- und Ausbau sowie Qualitätsentwicklung der geschützten Station der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum Bremen-Ost (Vorlage Nr. 265/19)

Die Verwaltung beantwortet in die in der o.g. Sitzung aufgeworfenen Fragen wie folgt:

Vorbemerkung

Die nachfolgenden Ausführungen basieren größtenteils auf Auskünften der GeNo.

Gibt es nach dem Um- und Ausbau eine qualitative Verbesserung der Behandlungssituation zum Status quo?

Die Um- und Ausbauplanung für das Gebäude entspricht in Bezug auf die Nachfrage den klinischen Erfahrungswerten der Vorjahre sowie dem aktuellen Platzbedarf an geschützten Behandlungskapazitäten. Darüber hinaus ist für eine fachlich gute Versorgung und eine sinnvolle Steuerung eine flexible Nutzung der Räume notwendig, was sich am ehesten durch eine Zweiteilung der Einheit ermöglichen lässt. Hierdurch ist es möglich, PatientInnen mit schwerstem externalisierendem, gewalttätigen Verhalten, akute Psychosen, Drogenentzug, schwerstangespannte Patienten auf Borderlineniveau einerseits und andererseits Patienten mit eher internalisierendem Verhalten, wie chronische Suizidalität, massive Schulmeidung, flexibel jeweils in einer Untereinheit zu betreuen.

Großzügigere Räumlichkeiten, durch die eine Überbelegung vermieden werden kann, ein Außengelände und die Möglichkeit, mehr Therapieangebote direkt auf der dann umgebauten, geschützten Station zu machen, führen in Summe dazu, dass eine ruhigere und „psychotherapienähere“ Stationsatmosphäre vorhanden sein wird. Das trägt einerseits zu einer geringeren Aggressivität bei den Patient*innen bei, was als solches schon ein Qualitätsmerkmal ist, andererseits kann es durch vorhersehbarere Stationsabläufe und strukturiertere Therapieangebote zu einem deutlichen Mehr an Qualität der Arbeit kommen. Hinzu kommt, dass das vorhandene Personal dadurch, dass es weniger durch die Aggressivität der Patient*innen gebunden sein wird und durch das vorhandene Außengelände auch weniger 1:1-Begleitungen von der Station nötig sein werden, mehr Zeit für die pädagogische und therapeutische Arbeit zur Verfügung hat.

Wie lange sind die Wartezeiten momentan und wohin wird (sofern notwendig) momentan verlegt?

Aus psychiatrischen Gründen akut selbst- und fremdgefährdende Patient*innen müssen sofort aufgenommen werden und warten nicht. Hierzu gibt es laut Auskunft der GeNo entsprechend auch keine Warteliste. Die notwendige Versorgung erfolgt dann, entweder indem die jetzige Station überbelegt wird, was zu den in der Vorlage aufgeführten Problemen geführt hat, oder aber zu einer Verlegung auf Psychotherapiestationen. Diese sind aber eben gerade nicht für die besonderen Bedürfnisse dieser Klientel ausgelegt, weshalb auch hier aktuell medizinisch verantwortbares Handeln an seine Grenzen gebracht wird. Chronisch eigen- oder selbstgefährdende Patient*innen mit einem kinder- oder jugendpsychiatrischen

Hintergrund warten in Einzelfällen bis zu acht Wochen, werden in dieser Zeit aber ambulant regelmäßig gesehen.

Geht mit dem Um- und Ausbau auch eine Veränderung des a) Personalschlüssels und b) der Arbeitszeitmodelle und Dienststrukturen (die ja im Betriebskonzept aufgeführt sind) einher?

Die Personalausstattung richtet sich wie bisher auch schon nach der Psychiatrie-Personalverordnung für Intensivpatient*innen. Bei einer Verdopplung der Intensivbehandlungsplätze wäre dann auch eine entsprechende Personalaufstockung nötig. Arbeitszeitmodelle und Dienststrukturen können dann – wie im Betriebskonzept aufgeführt – entsprechend umgesetzt werden.

Wird das Außengelände dann ausreichend sein?

Hier ist die Definition des Ausreichenden schwierig. Festgestellt werden kann laut Auskunft der GeNo, dass das Außengelände dann größer sein wird, als bei vergleichbaren Kliniken. Das fehlende Außengelände wurde zudem von der Besuchskommission moniert. Es ist zu erwarten, dass die räumlichen Veränderungen (inkl. des nach dem Um- und Ausbau zur Verfügung stehenden Gartens) eine deeskalierende Wirkung haben werden.

Ist durch die Erweiterung von 5 auf 8 Plätze der Bedarf (nach Umsetzung des Konzepts) dann ausreichend gedeckt?

Aufgrund der Vorplanungen, in deren Rahmen die statistischen Auswertungen bzgl. der Notwendigkeit geschlossener Behandlungsplätze pro 100.000 Einwohner*innen auch in anderen Regionen mit herangezogen wurden, wird davon ausgegangen, dass nach der Erweiterung der Bedarf für das Bundesland gedeckt sein wird. Wichtig ist dabei, dass mit einer Zunahme der Größe einer geschlossenen Einheit auch das regressive Milieu dieser Einheit zunimmt, was bedeutet, dass hier ein Behandlungsprogress eher verlangsamt oder gar gestört wird, weshalb die Devise gilt: Die Einheit soll so groß wie nötig, aber so klein wie möglich sein.

Warum vier Einzelzimmer, in denen auch die Möglichkeit der Fixierung besteht? Woraus resultiert dieser Bedarf?

Eine Fixierung erfolgt laut Auskunft der GeNo prinzipiell nur dann, wenn es keine anderen Möglichkeiten mehr gibt, eine akute, schwere Eigen- oder Fremdgefährdung zu verhindern. In akuten Notfallsituationen erfolgt dann eine Fixierung auch ohne eine vorherige richterliche Genehmigung, da sie aufgrund der Akuität der Situation dann nicht a priori einzuholen ist. Sie erfolgt dann aber immer unmittelbar im Nachhinein. In weniger akuten Situationen bitten immer die Sorgeberechtigten beim Familiengericht darum, dass eine freiheitsentziehende Maßnahme genehmigt wird.

Einzelzimmer, die eine gewisse reizarme Atmosphäre sicherstellen, sind nicht nur im therapeutischen Bereich ein bewährtes Instrument, um es Menschen zu ermöglichen, zur Ruhe zu kommen. Als solche werden diese Zimmer in aller Regel auch genutzt werden. Aus den Zahlen zu Fixierungen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie geht laut Auskunft der GeNo hervor, dass eine Fixierung generell die große Ausnahme in der Klinik ist. Aus Erfahrungen von Herrn Dr. Dupont und Rückkopplungen mit vergleichbaren Kliniken kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass es in absoluten Ausnahmefällen (< 1 x pro Jahr laut Auskunft der GeNo) zu einer Situation kommen kann, in der bis zu vier Fixierungsplätze benötigt werden. Die GeNo hofft jedoch, dass dieses Szenario mit Inbetriebnahme der neuen Station nie der Fall sein wird.

Anlage zum Protokoll über die Sitzung der Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 06.12.2018 zu

TOP 9 b : „Ergebnisse ärztlicher Altersfeststellungen gem. § 42f Abs. 2 SGB VIII“ (Vorlage Nr. 271/19)

Die Verwaltung beantwortet die in der o.g. Sitzung aufgeworfenen Frage wie folgt:

Die Frage der Abgeordneten Frau Leonidakis ist dahingehend zu beantworten, dass die Berichtsbitte der Fraktion der CDU auf einen weiteren Personenkreis zielte als die Berichtsbitte der Abgeordneten Frau Leonidakis:

Die Fraktion der CDU fragte: „Wie viele Personen befinden sich derzeit insgesamt im Verfahren der erweiterten Altersfeststellung?“ Demgegenüber fragte die Abgeordnete Frau Leonidakis nach den Ergebnissen der ärztlichen Altersfeststellungen gem. § 42f Abs. 2 SGB VIII bei dem Personenkreis „Gottlieb-Daimler-Straße“.

Die Berichterstattung für die Sitzung der Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 20.09.18 bezog sich in der Folge sowohl auf Personen, die sich in Widerspruchs- oder Klageverfahren befanden, als auch auf Neufälle, bei denen es keine jugendamtliche Vorbefassung gab. Demgegenüber bezieht sich die Berichterstattung für die Sitzung am 06.12.18 ausschließlich auf die erstgenannte Personengruppe. Einen Widerspruch zwischen den berichteten Anzahlen gibt es nicht.